



## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Günther Felbinger FREIE WÄHLER**  
vom 13.03.2017

### **Rohholzimporte im Zusammenhang mit der möglichen Schaffung eines Nationalparks im Spessart**

Aus ökonomischer Sicht erscheint eine nachhaltige Waldbewirtschaftung sinnvoll. Die Rohholzimporte in Deutschland überstiegen die Exporte im Jahr 2015 um etwa 50 Prozent. Wenn im Spessart im Zuge der Schaffung eines Nationalparks keine extensive Waldwirtschaft mehr stattfindet, könnte sich dieses Ungleichgewicht weiter verschärfen. Dies hätte weitere unnötige Treibhausgasemissionen zur Folge.

Ich frage die Staatsregierung:

Wie schätzt die Staatsregierung die zusätzliche Umweltbelastung durch steigende Rohholzimporte ein?

## Antwort

des **Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**  
vom 26.04.2017

In der derzeit diskutierten Gebietskulisse für einen Nationalpark Spessart werden jährlich rund 60.000 Festmeter Holz (davon etwa ein Drittel Nadelholz) geerntet. Etwa 23 Prozent dieser Menge werden an regionale Kunden mit Transportentfernungen von bis zu 50 Kilometern vermarktet. 77 Prozent der Menge werden an überregionale Kunden vermarktet und damit bis zu 150 Kilometer weit transportiert.

Bei der Einrichtung eines Nationalparks würde für die betroffenen Holzkunden generell ein höherer Aufwand für die Rohstoffversorgung aus anderen Quellen entstehen. Dies betrifft insbesondere spezielle Sortimente mit eng begrenzter Verfügbarkeit, wie z. B. stärkeres Buchen- und Eichenstammholz, aber auch Standardsortimente der Baumartengruppen Fichte und Kiefer.

Eine Stilllegung von Waldflächen aufgrund einer Nationalparkausweisung im Spessart muss nicht zwangsläufig zu steigenden Rohholzimporten führen. Nach den Ergebnissen der Bundeswaldinventur ist insbesondere beim Laubholz das Nutzungspotenzial in Bayern noch nicht ausgeschöpft. In jedem Fall haben aber verringerte Nutzungsmöglichkeiten vor Ort einen erhöhten Ausstoß von CO<sub>2</sub> zur Folge, da dann das Holz aus größeren Entfernungen bezogen werden muss.

Die Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft hat in einer Modellrechnung beispielhaft den Extremfall kalkuliert und angenommen, dass das wegfallende Laubholz vollständig durch Importe aus Frankreich in den Spessart und das Nadelholz durch Importe aus Tschechien ausgeglichen würde. Bei einem Importvolumen von 60.000 Festmeter würde dies zu einer jährlichen, zusätzlichen Belastung von etwa 3.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent führen.

Schwerwiegender als die Umweltbelastung durch höhere Transportentfernungen würde sich eine Substitution des Holzes durch nicht nachwachsende Rohstoffe auswirken: Eine verringerte Substitutionsleistung der Holzverwendung überträfe die reinen Transportauswirkungen hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Emissionen um das 30- bis 40-fache.